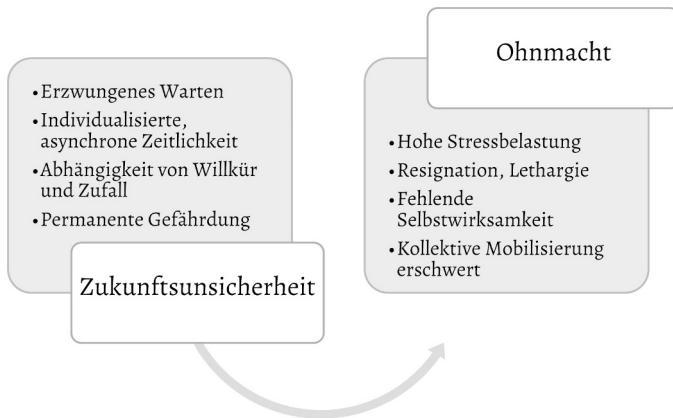


nen *politischen* Ausdruck. Betroffene konzentrieren sich darauf, ihre individuellen Perspektive zu sichern, politischer Protest erscheint demgegenüber zweitrangig – und alltagspraktisch nicht unbedingt aussichtsreich. Demokratische Teilhabe, so wird darin sichtbar, setzt verlässliche Zukunftsaussichten und eine gewissen Planbar- und Vorhersehbarkeit des eigenen Leben voraus. Sind diese nicht vorhanden, wird die demokratische Artikulation politischer Forderungen erschwert.

Zukunftsunsicherheit ist damit ein Modus der Produktion von Ohnmacht, da sie es, wie es im einleitenden Zitat heißt, verhindert »auf feste Füße zu kommen«. Sie ist unter anderem mit erzwungenem Warten und leerer Zeit; einer individualisierten, asynchronen Zeitlichkeit sowie dem Gefühl, permanent gefährdet und Willkür und Zufällen ausgeliefert zu sein, verbunden. Sie erschwert kollektive Mobilisierung; wirkt als permanenter Stressor – wobei sich Prekarität in einem Lebensbereich auch auf andere Lebensbereiche auswirkt –; verängstigt die Betroffenen; führt dazu, dass sie das Vertrauen in sich verlieren und auf lange Sicht resigniert, lethargisch und zermürbt werden und bewirkt damit das Gefühl, ausgeliefert und handlungsunfähig zu sein.

Grafik 15: Ohnmachtserfahrungen aufgrund von Zukunftsunsicherheit



Quelle: Eigene Darstellung

4.2 Soziale Isolation – »Auf sich gestellt«

»Es gibt [...] jede Menge negative Geschichten wo dann die Flüchtlinge drei Kilometer außerhalb vom Ort in irgendeinem abgelegenen Weiler untergebracht sind, oder in einer Containersiedlung hinter einem Werkstoffhof irgendwo im In-

dustriegebiet [...]. Die Flüchtlinge waren auf sich gestellt und die Einheimischen konnten so tun, als wären sie nicht da.« (151)

Voraussetzung, um individuelle Bedürfnisse in kollektive politische Forderungen übersetzen zu können, sind Erfahrungsräume, in denen die eigenen Erfahrungen als kollektiv geteilte erlebt werden können. Je stärker Menschen in ihrem Alltag isoliert und auf sich gestellt sind, umso schwierig wird politische Teilhabe: Wo Kontakt zu anderen Betroffenen fehlt, erscheinen die Probleme, die den Alltag charakterisieren, als rein individuelle. In der Folge liegt es näher, zu versuchen, diese für sich allein zu bearbeiten als aus ihnen politische Forderungen abzuleiten. In sozialen Nahbeziehungen können sich Individuen ihrer Erfahrungen vergewissern und werden potenziell auch darin bestärkt, dass das, was sie alltäglich als ungerecht erleben, nicht selbstverschuldet, sondern ein ihrer Verantwortung entzogenes Problem ist. Entsprechende Beziehungen tragen darüber entscheidend dazu bei, ob sich Individuen als selbstsicher, anspruchsberechtigt und überzeugt genug erleben, um politische Forderungen öffentlich zu artikulieren. Fehlen entsprechende Beziehungen, wird politische Teilhabe erschwert.

Das durch die bürokratischen Routinen produzierte Warten, das mit diesem verbundene Zeitlichkeitserleben und die konstante Bedrohung durch Abschiebungen treffen im Alltag der Geflüchteten auf soziale Vereinzelung und Isolation, die mit geringen Hoffnungen auf gesellschaftliche Teilhabe einhergehen. Die Raumordnung des Asylregimes – insbesondere die Unterbringung in großen, räumlich isoliert liegenden Unterkünften –, aber auch soziale Folgen des Prozesses der Flucht (z.B. auseinandergerissene Familien) führen dazu, dass Geflüchtete stark auf sich selbst zurückgeworfen werden. Kontakte zu bereits länger in Deutschland lebenden Menschen aufzubauen, erweist sich häufig als schwierig.

Dass Geflüchtete im Alltag »auf sich gestellt« sind, wirkt sich auch auf ihre politische Handlungsfähigkeit aus. Es fehlen soziale Zusammenhänge, in denen Erfahrungen geteilt, reflektiert und darüber als gesellschaftliche Problemlagen benannt werden können, die politisch zu lösen sind. Individuelle *private* Lösungsversuche und nicht *öffentliche* politische Forderungen dominieren in der Folge den Umgang mit alltäglichen Erfahrungen. Flüchtlingsunterkünfte sind zudem von stressigen Alltagssituationen, vielfältigen Konflikten und autoritären Verhältnissen geprägt (z.B. umfassende Kompetenzen privater Securities, martialisch auftretende Polizei bei Abschiebungen, aber teilweise auch konservative Community-Strukturen). Sie trennen den Alltag der Geflüchteten räumlich vom Rest der Gesellschaft und konstituieren dadurch spezifische Lebensräume, in denen bestimmte Formen von Exklusion normalisiert sind, da kontrastierende Erfahrungen fehlen. Flüchtlingsunterkünfte sind demokratieferne Räume, in denen es üblich erscheint, politisch ausgeschlossen zu sein und über keine aktiven Möglichkeiten der Teilhabe zu verfügen. Fehlende Kontakte zu bereits länger in Deutschland lebenden Menschen

erschweren es, sich als (prinzipiell politisch anspruchsberechtigter) Teil der Gesellschaft wahrzunehmen.

Soziale Vereinzelung und räumliche Isolation produzieren Subalternität. Ausgrenzungserfahrungen erscheinen als singulär und/oder normal und werden dadurch nur selten zum Ausgangspunkt politischer Forderungen nach demokratischer Teilhabe. Alltagspraktiken und räumliche Segregationsprinzipien des Asylsystems segregieren Lebensrealitäten der Geflüchteten von jenen Teilen der Gesellschaft, die aktiv in öffentliche politische Aushandlungsprozesse eingebunden sind. Die öffentlichen Aushandlungsprozesse werden dadurch selektiv und sind dadurch gekennzeichnet, dass sie Erfahrungen der Geflüchteten ignorieren oder nur in – aus der Perspektive der bereits in Deutschland lebenden Bevölkerung – verschobener Form repräsentieren (Huke 2021e).

Im Folgenden werden entsprechende Erfahrungen anhand der alltäglichen Lebenssituation in Flüchtlingsunterkünften (Kapitel 4.2.1) und sozialer Isolation, die sich aus dem Prozess der Flucht sowie fehlenden Kontakten zu Menschen ohne Fluchthintergrund in Deutschland ergibt (Kapitel 4.2.2), nachgezeichnet. Das abschließende Zwischenfazit diskutiert, wie sich soziale Isolation auf die Möglichkeiten einer politischen Artikulation auswirkt (Kapitel 4.2.3). Als je vereinzelter und räumlich isolierter sich Menschen erleben, so die These, desto unwahrscheinlicher erscheint es, dass kollektive politische Strategien möglich und erfolgsversprechend sind. Schwierige Lebenssituation werden in der Folge individuell ertragen – wiederum mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen (z.B. Depressionen), aber auch für demokratische Aushandlungsprozesse: Erfahrungen desorganisierter und sozial desintegrierter subalternen Gruppen bleiben desartikuliert.

4.2.1 Zermürbende Verhältnisse. Flüchtlingsunterkünften als Zwischenwelt

Asylsuchende werden in Deutschland teilweise für längere Zeit in größeren Flüchtlingsunterkünften untergebracht (Kothén 2002b: 65). Zunächst sind sie verpflichtet in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen – in der Regel für maximal 18 Monate, wobei Familien mit Kindern nur bis zu sechs Monate verpflichtet werden dürfen. Die Wohnpflicht kann verlängert werden, wenn Mitwirkungspflichten (z.B. bei der Identitätsklärung) verletzt werden. Für diejenigen, deren Antrag als unzulässig oder offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde, gilt ein maximaler Zeitraum von 24 Monaten. Asylsuchende aus so genannten »sicheren Herkunftsstaaten« sind verpflichtet, sowohl während ihres Asylverfahrens als auch nach Ablehnung ihres Asylantrages als unzulässig oder offensichtlich unbegründet dauerhaft in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Kennzeichnend für Erstaufnahmeeinrichtungen sind »restriktive Lebensbedingungen: Vollverpflegung ohne die Möglichkeit zum eigenständigen Kochen, Eingangskontrollen, einer strengen Beschränkung des Aufenthaltsbereiches sowie Leben auf engstem Raum« (Geiger

2016: 23). Jegliche Privatsphäre fehlt (ebd.: 27). Im Anschluss werden die Asylsuchenden in der Regel einer Gemeinschaftsunterkunft oder Wohnung im gleichen Bundesland zugewiesen (ebd.: 23). Gemeinschaftsunterkünfte weisen dabei in der Regel in Bezug auf Privatsphäre und andere Fragen des alltäglichen Lebens deutlich bessere Standards auf. Mit dem Zuzug von Geflüchteten im Jahr 2015 wurden in vielen Regionen Notunterkünfte (z.B. Zelte) aufgebaut, die teilweise über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten wurden.

Flüchtlingsunterkünfte lassen sich als totale Institution charakterisieren, in der eine Gruppe lebt, die vom Rest der Bevölkerung abgeschnitten ist, deren Rechte eingeschränkt sind und die unter der Kontrolle des Personals steht (Christ et al. 2017: 6; Hutter 2017: 237). Bei den Betroffenen erzeugen totale Institutionen ein Gefühl der Machtlosigkeit (Blumenrode 2018: 303; Mortland 1987: 388). Die Bewohner*innen beschreiben Flüchtlingsunterkünfte dadurch häufig als gefängnisähnlich (Mortland 1987: 396; Huke 2021a). In der Gesellschaft etabliert das Unterbringungssystem eine »innere[...] Grenzziehung[...]« (Scherr 2015: 56). Die Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften erleben »physische und gesellschaftliche Isolation« (Wyss et al. 2020: 121). Sie leben in einer

»Art Zwischenwelt, die sie als »ein bißchen Deutschland« erleben, da die Kontakte mit Deutschen meist sehr wenig und auf formale Begegnungen in der Sozialberatung, Deutschunterricht etc. beschränkt sind. [...] Auch wenn sie in Deutschland leben, sind sie von der Gesellschaft abgeschnitten.« (Hutter 2017: 238).

An der Grenze wurden im Jahr 2015 Flüchtlinge teilweise »auf dem offenen Hof irgendeines Stadtwerkegeländes untergebracht, noch nicht einmal mit Zelten« (I51). Einige der aufgrund des verstärkten Zuzugs von Geflüchteten neu eingerichteten Unterkünfte zur Erstunterbringungen waren in miserablem Zustand (»Alte, schäbige Unterkünfte, ehemalige Gasthöfe, die aus gutem Grund Pleite gemacht hatten [...]. Wo der Brandschutz nicht im Ansatz eingehalten worden ist« (I51)). In umfunktionierten Turn- oder Industriehallen war die Situation häufig ebenfalls problematisch, es »herrscht [...] durch die Beengtheit ein anderes Gewaltpotenzial« (I05).

Unterkünfte befinden sich teilweise räumlich außerhalb regulärer Wohngebiete: »Manche wohnen sehr isoliert in Gemeinschaftsunterkünften, die sonst wo sind. Also da ist nichts. Das ist eine Isolation« (I32). Im städtischen Raum wurden Großunterkünfte eher in sozial benachteiligten Stadtteilen errichtet (I33). Der Bewegungsradius von Geflüchteten war teilweise, so die Beobachtung eines Ehrenamtlichen, »sehr eng [...]. Also die haben sich nur in der Nähe der nächsten Unterkünfte bewegt und es gab wenige, die sich darüber hinausbewegt haben, sag ich mal, in Richtung den Ort kennenzulernen« (I49). Einige Geflüchtete fühlen sich in den Sozialräumen, in denen sie untergebracht sind, fremd: »Wenn diese Menschen aus den Großstädten kommen, egal aus welchen Land, tun sie sich umso

schwerer bei uns in irgendwelchen Dörfern zu bleiben [...] und zu sagen: »Das ist jetzt meine Heimat und da fühle ich mich wohl« (I38).

Die zentralisierte Unterbringung in Unterkünften leistet rassistischen Übergriffen Vorschub: »Indem Flüchtlinge konzentriert an einem Ort untergebracht sind, werden sie [...] identifizierbar und sichtbar. [...] [D]urch die Unterbringung in Sammel- bzw. Gemeinschaftsunterkünften [werden] [...] Flüchtlinge[...] leicht zum Problem definiert« (Geiger 2016: 28). Bei neu gebauten Unterkünften gab es in einigen Fällen ablehnende Reaktionen (»erschreckende Anti-Migrationsstimmung und ausländerfeindliche Stimmung« (I15)); »dass man sagt, »dann können wir nicht mehr alleine auf die Straße gehen [...], wenn die Flüchtlinge da sind.« Oder: »die Kinder nicht mehr rausschicken« (I51); »Die Grundschule ist doch daneben. Ihr könnt doch nicht die Flüchtlinge direkt an die Grundschule packen?« (I62); »Da kriegen wir jetzt die Massen vors Haus gesetzt. Also unsere Situation verändert sich und vielleicht nicht unbedingt positiv« (I06)). Die Kommunikation der Behörden war teilweise mangelhaft: »Die Einrichtung ist in einem Wohngebiet gewesen, wo der Bevölkerung nicht vermittelt wurde, dass das da jetzt eröffnet. Da sind [...] hunderte von Flüchtlingen mit dem Bus da vorgefahren worden. Und jetzt sind die da. Und natürlich [...] [birgt] das erstmal Konfliktpotenzial« (I01). Befördert wurde Unmut in der Nachbarschaft auch durch die Umnutzung von (in der Regel bereits stillgelegten) Gebäuden, die zuvor eine wichtige Rolle im Ort gespielt hatten:

»Da wurde [...] ein Krankenhaus geschlossen, was scheiße für die Bevölkerung war. [...] Dort wurde zeitweilig eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet. Es hat sich sehr stark verbreitet, dass das Krankenhaus dafür geschlossen worden ist. Und es gibt aber keine Kausalität, sondern das war einfach ein freies Gebäude und man hat einfach eingesparrt und [...] hat es nicht dafür geschlossen.« (I05)

Teilweise wurden auch Gebäude umfunktioniert, die aktiv genutzt wurden: »Warum wird da eine Sporthalle des örtlichen Sportvereins praktisch requiriert, wo wir doch da ständig Trainings haben?« (I49). Die Zahl gewalttätiger Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte stieg deutlich an (I06).

Durch Überbelegung herrschten auch in vielen der bereits zuvor bestehenden Unterkünfte vor allem im Jahr 2015 zeitweise katastrophale Zustände (»Ich hatte allein die Betreuung von über neunhundert Leuten, kranken Menschen, Kindern, Erwachsenen in diesen Katastrophenschutz-Zelten und Zimmern mit Schimmel. [...] Man musste [für die Kantine] bis zu anderthalb [...], zwei Stunden anstehen, bis man dann was zum Essen bekommen konnte. Im Winter mit Schnee, kleine Kinder. [...] Die Männer, die waren hungrig und da kam es ständig zu Streit« (I31)). Frauen waren durch die Unterbringungssituation besonders gefährdet:

»Die haben sich kaum getraut aus dem Zimmer zu gehen. [...] Kennen Sie diese Metallbetten, so Hochbetten einfach aus Metall? Die Männer, die haben einfach

so da vorne, da war so eine Art Gitter, die haben das [...] auseinander gebaut und eine Stange, die hatten die Frauen immer so unter dem Kissen, damit sie sich irgendwie verteidigen können, sollte jemand mitten in der Nacht reinkommen [...]. Nicht alle Zimmer hatten ein Badezimmer und dann müssen sie dann raus gehen in Flur, an den anderen Zimmer vorbeilaufen und mit anderen Frauen duschen. [...] Die haben immer die Tür auf und zu gemacht. Und dann sind Männer da vorbeigelaufen.« (I31)

Durch das enge Zusammenleben entwickeln sich Elemente einer repressiven Vergemeinschaftung:

»Es gibt eben auch sehr starken Community-Druck und der ist vielleicht auch nochmal höher, [...] weil es einfach konservativere Weltbilder gibt. Scheidung ist überhaupt kein Thema. [...] Wenn jemand sich tatsächlich trennt, gibt es eben auch [einen] sehr hohen Druck, oder eben auch eine Herabwertung der Frau. Auch von den anderen Frauen.« (I01)

Homophobie ist in einigen Unterkünften »ein ganz großes Problem« (I14).

Durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen hat sich die Belegungssituation in den Unterkünften seit 2015 deutlich entspannt, dennoch wohnen viele Asylsuchende und Flüchtlinge nach wie vor in Großunterkünften (I04). Auf engem Raum mit Fremden längerfristig leben zu müssen, war für viele herausfordernd: »Wenn das keine Familie gewesen ist, dann mussten sich die Leute [...] sehr zusammenraufen« (I11). Mit den AnkER-Zentren wurde die isolierte Situation in Unterkünften mit prekären Lebensbedingungen als langfristiger Standard für Asylsuchende verankert:

»Wo man versucht die Leute zu isolieren, die Leute möglichst lange fernab zu halten von Kontakt zu Einheimischen, zu Ehrenamtlichen. Wo man sagt was nicht stimmt, auch Arbeitsverbot, Ausbildungsverbote gelten und wo wir ganz generell sehen, dass in vielen dieser Einrichtungen auch Wert darauf gelegt wird, den Flüchtlingen möglichst wenig Geld zu geben, möglichst wenig Informationen zu geben. Ehrenamtliche Informationen oder sowas sind auf den Geländen nicht gestattet in der Regel. Kontakte zu Anwälten gestalten sich schwierig, weil die Leute kein Geld mehr bekommen.« (I51)

Eine unabhängige Rechtsberatung der Geflüchteten war dadurch teilweise nur unter äußerst erschwerten Bedingungen möglich: »Die hatten einen Beratungsbus [...]. Dann wurde ihnen [...] verboten [...] auf das Gelände zu fahren mit dem Bus. [...] Und wir dürfen natürlich nicht in diese Zentren rein, um uns dort irgendwie mit Bewohnern zu treffen« (I51).

Die Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit in den Unterkünften lässt sich vor diesem Hintergrund als gezielte staatliche Regierungstechnik begreifen (Kothén

2002b: 66). Ziel der Isolation war es, soziale Kontakte der Geflüchteten zu unterbinden:

»Dass man Flüchtlinge in die Gesellschaft reinlässt, selbst wenn sie in einer vorläufigen Unterkunft sind, das hat ja schon was zu bedeuten. Da haben die, die jetzt eigentlich dagegen sind, [gemerkt]: ›Hoppla, das führt ja dazu, dass die sich mit den Einheimischen anfreunden.‹ Oder dass die Einheimischen sich mit denen anfreunden und dass man dann schnell wieder anfängt eine Politik zu betreiben, dass man solche Leute überhaupt nicht in die Kommunen lässt.« (130)

In den AnKER-Zentren machen Geflüchtete die Erfahrung, dass man

»eigentlich vollkommen fremdbestimmt ist, was sämtliche relevanten Aspekte angeht, ausgeschlossen ist, [dass] Zugänge verwehrt werden und die Leute so das Gefühl haben, dass sie quasi [...] inhaftiert sind. [...] Das ist natürlich nicht zuträglich für die. Also noch nicht einmal [für] Persönlichkeitsentwicklung oder Integrationsprozesse, sich hier einzubringen, sondern auch allein [für die Möglichkeit] [...] das Erlebte zu verarbeiten und zu überwinden. [...] Das ist ja auch bekannt, dass [...] Unterbringungsformen in einem klaren Zusammenhang stehen mit [...] Retraumatisierung. Weil da ja auch einfach neben so Sachen wie Rückzug, Erholungsmöglichkeit, Schlafmöglichkeit ja auch Sicherheit oft irgendwie ein Thema sind.« (153)

Die Überlastung von Folgeunterkünften führte dazu, dass Geflüchtete längerfristig in Erstaufnahmen wohnen mussten: »In den letzten zwei, drei Jahren [wurde] die Aufenthaltsdauer der Bewohner in den Erstaufnahmen immer länger [...], weil es [...] nicht genügend Plätze in den Folgeunterkünften gab« (101). Wer in eine Folgeunterbringung mit besseren Wohnbedingungen umverlegt wurde, war nicht immer transparent:

»Wir wussten, ehrlich gesagt, nicht so genau, woran es liegt, dass der eine dann schon den sogenannten Transfer bekam, also in eine Zweitaufnahme ging und andere Menschen mussten monatelang warten, haben jeden Tag auf die Liste gestartet und haben gedacht: ›Warum bin ich diesmal nicht dabei? Der der vor mir gegangen ist, war doch schon viel kürzer da, ich bin doch schon viel länger da.« (146)

Auch die Wohnraumversorgung in Folgeunterkünften nahmen einige Geflüchtete als unzureichend wahr:

»Ich hatte jetzt so eine Familie aus Afghanistan. Die sind dazu gezogen. Die haben zwei Zimmer bekommen. Das waren fünf Leute. Aber keine Kinder. Und man bekommt, wenn man zu fünft ist, wenn alle über sechs sind, dann bekommt man drei Zimmer. Und sonst zwei Zimmer. Und die waren echt mega unzufrieden und

haben halt ihre Sachen ewig lange im Regen stehen lassen, weil sie sich geweigert haben einzuziehen.« (I01)

Eine dezentrale Folgeunterbringung in Wohnungen statt in Unterkünften findet nur teilweise statt (Geiger 2016: 24). Auch zentralisierte Folgeunterbringungen ermöglichen jedoch einen etwas normaleren Alltag als die Erstaufnahmen: »Die Bedingungen in der Erstaufnahme sind halt komplett anders: [...] Krasse Kontrollen mit [...] Kartensystem. Man darf nicht, man kann nicht kochen. Man ist beengt, weil vier Leute in einem Container sind, statt in der Folgeunterkunft nur in Anführungsstrichen zwei« (I01). Doch auch in den Folgeunterkünften sind die Standards der Unterbringung häufig mangelhaft (ebd.: 25).

Wo »viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, kommt es notgedrungen zu Konflikten. Wenn diese Menschen nicht freiwillig zusammenleben, schwierige Fluchterfahrungen hinter sich haben, [...] verschiedene Wertvorstellungen haben, sorgt das erst recht für Konfliktpotential« (Hutter 2017: 237). Für die Bewohner*innen ist die Situation in Großunterkünften – nicht nur, aber insbesondere in AnKER-Zentren – dadurch mit einer hohen Stressbelastung verbunden (Christ et al. 2017: 6). Die »Intim- oder Privatsphäre fehlt, der Standard [ist] nicht gut [...], wo dann auch Lärm ist. Es gibt auch Leute, die sich wegballern [...]. Es ist alles da. Alltagskonflikte« (I27). Von Geflüchteten erfordert diese Situation eine »hohe Frustrationstoleranz« (I49). In der Folge gibt es »ganz wenig Leute die da richtig tough durchgehen. [...] Der Grad der Aggression oder Spannung ist enorm hoch. Die Leute stehen enorm unter Stress« (I51). Konflikte werden auch durch Ungleichheit zwischen den Bewohner*innen (z.B. aufgrund ihres Status) befördert (ebd.). Die Ursachen von Konflikten

»sind vielfältig. Es geht [...] um erlebte Machtlosigkeit, um das Spannungsfeld zwischen Regeln und Sich-kontrolliert-Fühlen, um mangelnde Selbstbestimmung, um Sorge um die Kinder, aber auch um Unsicherheit, um gefühltes und tatsächliches Aggressionspotential, um rassistisch und religiös begründete Konflikte, um Unsicherheit und um ›Angst vor den Menschen, mit denen ich hier lebe‹.« (Hutter 2017: 237)

Ein Kontrollverlust über das eigene Leben ist in den Unterkünften eine generalisierte Erfahrung, neben eigenen Erfahrungen kann »auch die bloße Beobachtung einer anderen Person dabei, wie diese einen Mangel an Kontrolle erleidet, [...] zu Hilflosigkeit führen« (Barysch 2015: 204). Auf Dauer wird das »Zutrauen in die positiven Wirkungen sozialer Beziehungen [...] aufgrund negativer Erfahrungen im sozialen Umfeld (Vertrauensbrüche, Konflikte, nicht erfüllte Erwartungen etc.) beschädigt« (Knabe et al. 2018: 39). Das Leben an einem Ort, an denen viele Menschen mit geringen Handlungsressourcen zusammenleben müssen, Bedrohungen alltäglich sind und Betroffene sich machtlos fühlen, diesen auszuweichen, beför-

dert Misstrauen (Ross et al. 2001: 568). Bewohner*innen lernen, dass es sicherer ist, anderen nicht zu vertrauen (ebd.: 584). Die »Grundstimmung der Unsicherheit führt schnell dazu, dass Erlebnisse in einer Weise interpretiert werden, dass sie Konflikte auslösen oder verschärfen. In Kombination mit der erlebten Machtlosigkeit entsteht ein hohes Aggressionspotential« (Hutter 2017: 238). Konflikte aufgrund bedrückender Enge oder unerträglicher Lautstärke »entstehen zwangsläufig, wenn zwanzig Menschen auf einem Flur sich Küche, Toiletten und Schlafräume teilen müssen« (Kothén 2002b: 65). Die Solidarität der Bewohner*innen untereinander ist in der Folge häufig schwach ausgeprägt (Christ et al. 2017: 39):

»Es ist dann doch viel jeder für sich. Und auch die *communities* sehr getrennt. Man hat dann halt vielleicht 800 Menschen zusammen, aber die kommen dann vielleicht aus zehn verschiedenen Ländern. Und auch innerhalb dessen sind sie vielleicht nochmal gespalten. Und das hat auf keinen Fall den Willen zur Solidarität irgendwie verbessert.« (I01)

Die Lebensverhältnisse in Flüchtlingsunterkünften begünstigen eher eine »Individualisierung und [...] Atomisierung« (Weth 2008: 31; vgl. auch Huke 2021e). Die Bewohner*innen entwickeln kaum ein »Kollektivbewusstsein« (Winter 1997: 543). Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit werden dadurch befördert (Geis und Ross 1998: 233–234). Die Betroffenen machen die Erfahrung, aus eigener Kraft kein soziales Wohnumfeld ohne Stress- und Lärmbelästigung, Drogen und Gefahren für sich erreichen zu können (ebd.: 243).

Aufgrund des fremdbestimmten Alltags in den Unterkünften können »gewohnte familiäre oder gesellschaftliche Rollen nicht mehr praktiziert werden, was zu einer Verstärkung des durch die Flucht erlebten Identitäts- und Integritätsverlustes führen kann« (Geiger 2016: 27). Vielfach treten auch Konflikte mit der Leitung der Unterkünfte oder in den Unterkünften eingesetzten Securities auf: »Es kam [...] raus, dass der Heimleiter vorbestraft war und dort linke Geschäfte gemacht hat. [...] Bei einem Heim gab es Probleme, weil die Securities alle in einer rechten, vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierung waren« (I15). Rassismus ist unter vielen Securities

»alltäglich. [...] Sätze mit ›Merkels Fachkräfte‹, die höre ich [...] mindestens einmal pro Woche. In Unterkünften gab es das klassische Thema, dass wir mit [...] Schlägereien [zu tun hatten] [...], wenn die Menschen [...] Alkohol getrunken haben, dass es da eskalierte und da war es dann auch so, dass die Sicherheitsmitarbeiter [...] sich dann mit Quarz-Handschuhen bewaffnet haben, was die offiziell nicht dürfen. Aber solche Nummern einfach, um den Zitat: ›Kanaken auch unter Umständen aufs Maul zu hauen.‹ Zitat Ende. [...] Oder dann mit irgendwelchen Teleskop-Schlagstöcken sich da bewaffnet haben.« (I41)

Die privaten Securities in den Unterkünften sind mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet und werden nur begrenzt kontrolliert:

»Da gibt es [...] keinerlei effektive Kontrolle über das Verhalten dieser Security. Die haben häufig so einen sechswöchigen Kurs ›Wie benehme ich mich‹. [...] Wenn Leute sich Übergriffe leisten, werden sie halt häufig wo anders eingesetzt. Also von dem einen Lager in das nächste [...]. Und das ist halt irgendwie ein permanenter Quell von Ärger, von Konflikten und Auseinandersetzungen, wo die Geflüchteten in der Regel den Kürzeren ziehen, weil die Security schneller ist. Die ruft dann die Polizei bei Konflikten. Der Flüchtling ist notwendig immer in solchen Fällen der Aggressor. Und wir haben eine ganze Reihe von Fällen, wo dann die Security-Aussagen zu Protokoll genommen wurden und die Flüchtlinge nicht einmal gefragt worden sind.« (I51)

Die eigenen Grenzen können in Flüchtlingsunterkünften gegenüber dem Personal nur begrenzt behauptet werden (Blumenrode 2018: 304). Geflüchtete sind diesem »asymmetrische[n] Machtverhältnis« (Hutter 2017: 238) teilweise über einen langen Zeitraum hinweg ausgeliefert, ohne aus eigenem Antrieb etwas an diesem verändern zu können (Christ et al. 2017: 6). Sie haben wenig andere Möglichkeiten, als sich der Kontrolle durch das Personal zu unterwerfen (Mortland 1987: 379).

Asylsuchende geraten in Unterkünften »wiederholt in eine ohnmächtige Schicksalsabhängigkeit [...]. Statt [...] Ruhe und Schutz zu finden, um Kraft für einen Neuanfang zu sammeln, sind sie [...] ständigen psychischen Belastungen ausgesetzt« (Dörr 2008: 33). Da die Rahmenbedingungen nicht veränderbar erscheinen und Protest oder Kritik keinen Erfolg versprechen, wird Unzufriedenheit häufig internalisiert (Christ et al. 2017: 25-26; Mortland 1987: 399). Alltägliche Konflikte und Ohnmachtserfahrungen schreiben sich in die Betroffenen ein und bewirken, dass sich deren Persönlichkeit verändert:

»Das Problem ist, dass die oft viel zu lange in solchen Verhältnissen leben, die sie dann stark verändern, obwohl sie es nicht wollen. [...] Einfach weil dieser Alltag das macht. [...] Es geht nicht um einen Anspruch von Luxus, sondern um diese *basics*, die mit allen Menschen etwas machen, wenn wir so leben. Auf engem Raum, zu viele Menschen und auch keine Aussicht, wann sich das ändert.« (I53)

Eine typische Folge sind Resignation, erlernte Hilflosigkeit oder Depressionen (I53). Nur weil »Leute in einer problemhaften Situation sind, heißt das nicht, dass sie plötzlich Politaktivisten werden. Und es heißt auch nicht, dass sie solidarisch untereinander werden« (I01). Sprachbarrieren erschweren es, Erfahrungen zu teilen: »Überhaupt erstmal so ein Treffen zu machen, was auf Englisch war. Dann gab es immer noch Übersetzungen Englisch-Farsi, Englisch-Arabisch und es gab auch nochmal Englisch-Deutsch für Leute, die nicht so gut Englisch konnten. [...]

Also das war [...] schon [...] ein ziemlicher Aufwand« (I09). Politisches Engagement ist dadurch erschwert, dass es

»für viele Bewohner glaube ich schwer ist, die Institutionen in dem Sinne zu verstehen, wo sie da eigentlich gerade sind [...], dass die mit der Perspektive dahin kommen: ›Ich will hier morgen wieder weg sein. Ich bin in der Erstaufnahme und ich will in die Folgeunterkunft.‹ Wer engagiert sich und baut Strukturen auf, wenn er eigentlich morgen nicht mehr da sein will?« (I01).

Häufiger als kollektive Organisation sind eigensinnige Alltagspraktiken einer individuellen Regelverletzung (z.B. Rauchen in der Unterkunft, Kochen auf den Zimmern) (Christ et al. 2017: 8). Nur in Einzelfällen kommt es punktuell zu Protesten:

»Es gab so Sachen, dass Leute gesagt haben: ›Wir gehen nicht mehr in die Unterkunft.‹ Und die haben dann so Sitzstreik vor der Unterkunft gemacht. [...] Ich habe das [...] als spontane Sachen erlebt, [...] Partikularinteressen, [...] nur für diesen Moment [...]: ›Wir wollen nicht in diese Unterkunft.‹ Oder: ›Wir mögen das Essen nicht.‹ Oder, also bei uns gab es auch so drei, vier Situationen wo gesagt wurde [...]: ›Wenn wir den Transfer jetzt morgen nicht kriegen, dann kommen wir morgen alle und demonstrieren vor dem Verwaltungsgebäude.« (I01)

Selbst dort, wo Geflüchtete politisch aktiv werden, bleibt ihr Engagement durch ihre prekäre Lebenssituation unsetzt:

»Ein weiterer Punkt ist, dass das politische Engagement von Geflüchteten häufig dann aufhört, wenn die Umstände andere sind. Das heißt wenn sie im Ankerzentrum sitzen und das Verwaltungsgerichtsurteil auf sich warten lässt, dann wollen sie was machen an den Verhältnissen. Dann kriegen sie eine Anerkennung. Dann sind sie gleichzeitig verpflichtet ihre ganzen Sozialhilfeanträge zu machen, zu gucken, dass sie eine Wohnung finden, dass sie ausziehen dürfen, dass sie eine Arbeit finden und sowas weiter. Das heißt sie sind dann in einer ganz anderen Situation, haben möglicherweise auch den Anspruch auf Familiennachzug, müssen gucken, dass ihre Familienmitglieder irgendwie herkommen können. Das absorbiert sie so, dass sie den ganzen politischen Kampf, den sie vorher in einer anderen Situation, hinter dem sie voll standen, [...] immer weiter zurückstellen in der Hierarchie persönlicher Interessen oder Ziele.« (I51)

Kollektiv geteilte Räume bieten dennoch auch Möglichkeiten für eine politische Artikulation von Erfahrungen: »Ok, da kommt was räumlich zusammen und da kann man da auch eine Auseinandersetzung führen. So ein bisschen wie Kämpfe in den Fabriken, weil da halt die Leute zusammenkommen [...]« (I09). »Die Leute haben das gleiche Problem«, beschreibt ein Geflüchteter aus Afghanistan entsprechende Dynamiken, »und entschließen sich etwas zu tun [...] [und] für Menschenrechte zu kämpfen« (I04, Übers. d. Verf.). Trotz Ohnmachtserfahrungen entstehen damit

auch unter Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften, die die Subjekte vereinzeln, verunsichern, gefährden und systematisch überfordern, fragile Momente kollektiver Solidarität.

Dort wo Räume, die es ermöglichen, Erfahrungen zu teilen, verlorengehen, etwa weil Geflüchtete dezentral untergebracht werden, wird auch das politische Engagement erschwert: »Dadurch, dass dann die Halle nicht mehr da war als zentraler Ort [...] und [es sich] [...] räumlich [...] stark zerstreut hat, gab es keine weitere Organisation mehr. Also wir haben das auch nicht hinbekommen, sie zusammenzuführen« (I09). Die politische Artikulation von Forderungen und die mit ihr einhergehenden demokratisierenden Potenziale für Demokratie gehen verloren: »Wenn Flüchtlinge sich organisieren, wenn sie gemeinsam möglicherweise auch Forderungen aufstellen oder irgendwas öffentlich machen dann greift die Behörde häufig zu dem probaten Mittel, dann werden die Leute auf verschiedenste Unterkünfte verteilt und Schluss ist« (I51).

Die Situation in Unterkünften ist für Geflüchtete vielfach aufgrund fehlender Privatsphäre mit einer hohen Stressbelastung verbunden. Bürokratische Regelungen prägen den Alltag, die eigenen Lebensumstände erscheinen als nicht oder nur begrenzt beeinflussbar. Eine Lebenssituation, die gegenüber den Standards der umgebenden Gesellschaft eine Ausnahme darstellt (z.B. mit Menschen auf engem Raum wohnen, die man nicht kennt; Brandschutz nicht eingehalten), ist in den Unterkünften eine längerfristige Normalität. Hinzu kommt eine sicherheitspolitische Kontrolle und Disziplinierung der Bewohner*innen, etwa durch private Securities oder die Polizei. Auch der Umgang zwischen Bewohner*innen ist teilweise durch Hierarchien und Gewalt geprägt, etwa patriarchale Normen oder Homophobie. Dort wo Unterkünfte außerhalb von Wohngebieten liegen, vollziehen sich all diese Erfahrungen relativ getrennt vom Alltag derjenigen, die in näherer Entfernung wohnen. Sie verbleiben außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung oder finden nur vermittelt – etwa über Berichte der Polizei – in diese Eingang. Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten sind nur unzureichend vorhanden oder werden den Geflüchteten sogar gezielt vorenthalten (z.B. Umgang mit Rechtsberatung in AnKER-Zentren). Politisch etwas an den Bedingungen in den Unterkünften zu verändern, erscheint für die Betroffenen angesichts dieser Verhältnisse schwierig – auch wenn es in einigen Unterkünften zu kleineren Protesten kam, die in der Regel konkrete Alltagsfragen thematisierten (z.B. Gesundheitsgefährdung) oder als Reaktion auf Polizeieinsätze entstanden. Jenseits dieser Proteste ist für den Alltag in Unterkünften eher jene Erfahrung typisch, die von einem Interviewpartner in Bezug auf eine afghanische Familie beschrieben wurde: Man steht sprichwörtlich »im Regen«, weil man zwar mit den Verhältnissen unzufrieden ist, jedoch über keine Machtressourcen verfügt, um diese praktisch in Frage zu stellen. Ohnmacht ist in diesem Sinne ein charakteristisches Moment der Alltagserfahrung in Unterkünften. Betroffene erleben sich als »eigentlich vollkommen fremdbestimmt«,

gleichzeitig fehlt die Aussicht, dass sich etwas ändert – oder politisch aktiv verändern lässt. Die Erfahrung schreibt sich in die Betroffenen ein und bewirkt, dass sich Selbstwahrnehmung und Verhaltensweisen verändern (z.B. Gewalt, Depressionen). Besonders gefährdet, die Folgen zu spüren zu bekommen und selbst Gewalterfahrungen zu machen sind Frauen oder LGBTTIQ*-Personen.

4.2.2 Alleinsein als alltägliche Erfahrung. Zerrissene Familien und »kein Kontakt zu deutschen Menschen«

Die Isolation in Unterkünften trifft bei vielen Geflüchteten auf fehlende soziale Kontakte: Sei es, weil Familien im Prozess der Flucht auseinandergerissen wurden oder weil es schwer fällt Kontakt zu bereits länger in Deutschland lebenden Menschen aufzubauen. Rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. die Wohnsitzauflage) verstärken die soziale Isolation der Geflüchteten. Einige Geflüchtete sind dadurch im Alltag weitgehend auf sich allein gestellt. Die Alltagsbewältigung wird erschwert, da nur begrenzt auf Ressourcen und Wissensbestände eines sozialen Umfelds zurückgegriffen werden kann (Pichl 2017: 450). Die Resilienz der Geflüchteten im Umgang mit belastenden Situationen wird durch fehlende familiäre und soziale Netzwerke, in denen sie sich sicher und handlungsfähig fühlen können, reduziert (Balz 2018: 657; Sleijpen et al. 2016).

Die Situation von Geflüchteten ist nach Ankunft in besonderem Maße durch fehlende soziale Netzwerke geprägt. Je nach Herkunftsland fehlen »migrantische ›communities« [...], die einen eigenen Raum für Gestaltungsmöglichkeiten bieten können« (Scherschel 2018: 133): »Was neu dazu kam in 2015 waren Menschen in einem sehr, sehr hohen Ausmaß, die hier nicht angedockt waren in Hamburg, [...] die hatten hier keine roots, [...] gar nichts« (I19). Am Anfang hatten viele Geflüchtete »niemanden, oder mussten die gucken, wo sie irgendwo andocken können« (I30). Viele Geflüchtete haben dadurch, dass sie »relativ wenig Kontakte [haben], [...] kaum eine Ahnung [wie sie mit alltäglichen Problemen umgehen sollen]« (I01). Geflüchtete sind »viel auf sich selbst gestellt [...], und [ihnen fehlen] Ansprechpersonen [...] und Kontakt« (I32). Im fremden Umfeld fällt es ihnen schwer zu »planen, was man in Deutschland tut, sich, also sich entwerfen innerlich, was will ich überhaupt erreichen, und was brauche ich dafür und wo suche ich mir Hilfe und so« (I23). Folge ist, »dass die Leute hier alleine zum Teil einfach überlastet, überfordert sind und keine Unterstützung haben, [...] keinen Background, auf den sie zurückgreifen können« (I32).

Geflüchtete können im Alltag nur begrenzt auf unterstützende familiäre Netzwerke zurückgreifen: »Es ist mir nicht möglich, die Eltern hierher [zu holen], oder [...] die Geschwister [...] [Und] dieses Alleinsein [...] zu ertragen [...]. Eine große Gruppe der Flüchtlinge ist [...] allein unterwegs und dann ist auch in den Beratungsgesprächen festzustellen, das ist eine belastende Situation« (I32). Insbeson-

dere Männer reisen »ganz häufig ganz alleine« (I47) nach Deutschland ein, während Frauen eher mit Familie reisen oder im Zuge des Familiennachzugs nach Deutschland kommen. Der Familiennachzug ist aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen erschwert (I32). Es ist, erklärt ein Interviewpartner, »auch eine Form von Gewalt, wenn die Frau mit den Kindern da ist und eine Flüchtlingseigenschaft zugesprochen bekommen hat und dann der Familiennachzug des Mannes trotzdem nicht funktioniert« (I11). Für Geflüchtete ist es ein »konstanter Stressfaktor [...], dass in vielen Fällen nur die Hälfte der Familie, nur ein Teil der Familie oder nur eine Einzelperson hier ist. Und die Familie ist irgendwo zwischen Herkunftsland und hier. [...] Oder die Leute sind verteilt innerhalb Europas oder innerhalb Deutschlands« (I51). Die soziale Isolation bedrückt viele Geflüchtete, »dieses Alleinsein [...] zu ertragen [...], das ist eine belastende Situation« (I32).

Nachrichten über die Situation von Familienangehörigen in Transit- oder Herkunftsländern sind häufig ein weiterer Belastungsfaktor: »Das Thema Familie spielt natürlich eine Rolle, wenn die Familie im Herkunftsland ist, [...] immer wieder über Nachrichten von Bombendrohungen [...] gesprochen wird« (I50); »einige dieser Kinder oder Jugendlichen, die wissen, dass ihre Familie in Kriegsgebieten festsitzen, seit mehreren Jahren, oder woanders, in der Türkei, von dort nicht wegkommen, unter schlimmen Verhältnissen leben zum Teil« (I18).

Rechtliche Regelungen wie die Wohnsitzauflage erschweren die Familienzusammenführung innerhalb Deutschlands und den Kontakt zu anderen Familienangehörigen:

»Ich hatte einen krassen Fall. Sie waren verheiratet. Die Frau war in Norddeutschland und er war hier unten [...] [in Baden-Württemberg]. Es war nicht möglich, dass sie zusammenkamen. Das ging nicht. [...] Das war diese Wohnsitzauflage natürlich [...]. Dann muss man ja immer so einen Umverteilungsantrag stellen, wenn man dann den Landkreis verlassen wollte. Man musste Arbeit nachweisen, [...] ausreichend Wohnraum nachweisen, ausreichend Einkünfte nachweisen. Das war sehr schwierig. Das sind sehr viele, die ihre Verwandtschaft nicht nur in Deutschland verstreut haben, sondern in vielen Ländern mittlerweile. Manchmal gibt es nicht einmal das Recht, die Verwandten zu besuchen. Man hat keinen Anspruch darauf, in ein fremdes Land zu reisen. Ein junger Mann ist gerade hier, der sagt: Ich habe einen Bruder in Schweden, die Ausländerbehörde verweigert mir die Reise genehmigung. Er hat keinen Ausweis, keinen Reisepass, keinen Nationalpass – keine Chance.« (I39)

Die aus rechtlichen Rahmenbedingungen »resultierenden Probleme beim Besuch von Freunden oder Verwandten [beeinträchtigen] die Möglichkeiten zur sozialen Unterstützung, zu wechselseitiger Verantwortlichkeit und dem Erleben von Gemeinschaft« (Schreiber und Iskenius 2013: 8). An einer entsprechenden Alltagssituation nicht zu verzweifeln, erweist sich als herausfordernd – trotz der im Ver-

gleich zur Flucht und dem Leben im Herkunftsland in der Regel relativ erhöhten Sicherheit.

Mit der neuen Situation nach der Flucht geht ein

»Verlust oder die Verringerung einer Erwartungssicherheit bezüglich Handlungen der Mitmenschen [einher], mit denen zudem oftmals aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Sprache nicht kommuniziert werden kann sowie gegenüber Konsequenzen eigener Handlungen, welche in einem neuen und unbekannten Kontext ausgeführt werden [...]. Das Kennenlernen von Freunden und Bekannten kann helfen, einen Teil dieser Erwartungssicherheit wieder zu erlangen, vor allem aber dem Gefühl der Fremdheit und der Einsamkeit entgegenzuwirken.« (Geiger 2016: 117)

Fehlende Kontakte zu Menschen, die schon länger in Deutschland leben, erschweren es hingegen Geflüchteten, alltägliche Probleme zu lösen und zu lernen, sie selbst in den Griff zu bekommen: »[Von den hier lebenden Geflüchteten] könntest du glaube ich alle fragen und [...] über siebzig Prozent würden sagen: ›Nee, ich habe keinen Kontakt zu deutschen Menschen‹« (I10). Viele Geflüchtete fühlen sich sozial isoliert: »Ich will mehr Deutsch lernen, ich muss ja mit Deutschen reden. In der Unterkunft sitzen ja nur Araber. Ich kann nur Arabisch reden, weil jeder ist unserer Muttersprache fähig« (I52). Sie fragen sich: »Wie kann ich Kontakt aufnehmen? Wie kann ich [...] mit Einheimischen in Kontakt kommen, mit deutschsprachigen Leuten? Kontaktaufnahme [ist ein] wichtiges Thema [...]. Also so dieses Isoliertsein oder [...] in der Gruppe der Landsleute in erster Linie sich nur zu bewegen« (I32). Bezüglich alltäglicher Kontakte gibt es teilweise »sehr viel mehr Nachfrage als [...] ehrenamtliches Angebot« (I32). Vielen Geflüchteten fehlen »die Kontakte zu Deutschen [...] sehr. Und ganz viele sagen auch: ›Wir gehen morgens zum Deutschkurs und nachmittags kommen wir nach Hause und dann reden wir Arabisch oder unsere Muttersprache, weil wir nachmittags niemanden haben‹« (I62). Je schwächer die Sprachkenntnisse sind, desto schwerer fällt es Geflüchteten in Kontakt zu treten (I22).

Die Bereitschaft von Seiten der schon länger in Deutschland lebenden Menschen, Kontakt aufzubauen, ist teilweise schwach ausgeprägt (»Das ist auch das, was wir von den Geflüchteten immer wieder hören. Es ist für die wahnsinnig schwer, mit Deutschen in Kontakt zu kommen« (I17)). Fehlende Sprachkenntnisse der Geflüchteten erschweren auch von Seiten der bereits zuvor in Deutschland lebenden Menschen den Kontakt: »Telefon [ist] schon eine mordsmäßige Barriere [...] für Leute, die nicht so gut Deutsch sprechen« (I40). Geflüchtete im ländlichen Raum sind durch fehlenden öffentlichen Nahverkehr zusätzlich isoliert: »Wenn man [...] in einem Dorf untergekommen ist und der einzige Bus irgendwie morgens um acht fährt, ja, [...] da komme ich nicht raus [...]. Und manche wohnen ja sehr isoliert in Gemeinschaftsunterkünften, die sonst wo sind. Also da ist ja nichts«

(I32). Unzureichende finanzielle Ressourcen erschweren es, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen (Klatt und Walter 2014: 100). In der Folge ist die »Segregation [...] deutlich [...], die kommen [...] gar nicht in Kontakt« (I32). Viele bemühen sich daher um einen Umzug in die Stadt: »Wir kriegen sehr oft Anträge auf Zuzug in die Stadt von kleineren Gemeinden aus dem Umkreis. Das gibt es oft, da wird argumentiert: Man wäre näher an Sprachkurs, der Sprachkurs wäre besser zugänglich. Familie, Freunde, das sind so Themen« (I42).

Auch in anderen sozialen Kontexten wie Berufsschulen erweist sich der Aufbau sozialer Beziehungen zu Menschen, die bereits länger in Deutschland leben als schwierig. Generell sei es so, erzählt eine Ehrenamtliche, dass man in Berufsschulen nur schwer Freunde findet, wodurch Geflüchtete sozial isoliert bleiben: »Das hat auch die Lehrerin gesagt, weil die haben alle ihre Freunde und kommen nur einmal die Woche dahin und da bilden sich keine Freundschaften« (I63). Sie hätte gehofft, erzählt die Mitarbeiterin einer Berufsschule, dass sich zwischen Schüler*innen mit und ohne Fluchthintergrund »vielleicht mal so eine [gemeinsame] Pausengestaltung [entwickele], dass die sich auf den Gängen dann treffen und miteinander [Kontakt haben]. Da findet gar nichts statt« (I59). Sozialintegration funktioniere, »wenn wir alle zusammensitzen, diese Integration [wird] aber nicht in die Freizeit [...] übertragen« (I59). Es erweist sich in der Folge für viele Auszubildende mit Fluchthintergrund als »schwierig, [...] deutsche Freunde zu finden« (I55).

Auseinandergerissene Familien und fehlende soziale Kontakte in Deutschland führen dazu, so zeigen die Interviewzitate, dass Geflüchtete in vielen Situationen auf sich allein gestellt sind. Die kollektive soziale Isolation durch die Unterbringungsbedingungen wird durch fehlende soziale Netzwerke individuell verstärkt. Folge sind Fremdheits- und Einsamkeitserfahrungen. Der eigene Alltag bleibt relativ getrennt vom Alltag derjenigen, die schon länger in Deutschland leben. Sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen, fällt dadurch schwer, wodurch es auch weniger plausibel erscheint, diese durch aktive Partizipation politisch gestalten zu wollen. Soziale Isolation wirkt sich zudem negativ auf Handlungsressourcen aus: Da kein Umfeld vorhanden ist, dass Wissensbestände und Unterstützungsstrukturen zur Alltagsbewältigung zur Verfügung stellt – und in vielen Fällen gleichzeitig das »Systemwissen« über das Leben in Deutschland eher schwach ausgeprägt ist, ist es schwerer, eigenständig Pläne zu verfolgen und aktiv Einfluss auf die eigene Lebenssituation zu nehmen. Alleinsein wirkt dadurch als Grenze nicht nur sozialer, sondern auch politischer Teilhabe. Es bewirkt, dass man sich selbst als vereinzelt – und weniger als anspruchsberechtigten und in Aushandlungsprozesse einbezogenen Teil der Gesellschaft wahrnimmt.

4.2.3 Isolation und Alleinsein als Herausforderungen für politische Partizipation an der Demokratie

Die sozial isolierte Lebenssituation der Geflüchteten produziert in mehrfacher Hinsicht Ohnmachtserfahrungen. Sie setzt sie einem durch extreme Stressbelastungen gekennzeichneten Alltag aus, an dem selbst resiliente Individuen auf Dauer zerbrechen können. Fehlende Privatsphäre, Spaltungslinien zwischen Bewohner*innen (z.B. sprachliche Verständigungsmöglichkeiten), soziale Problemlagen in Unterkünften (z.B. Drogenkonsum, erzwungener Leerlauf) und eine konstant hohe individuelle Belastung trennen die Einzelnen voneinander und erschweren es, dass sich ein kollektives Bewusstsein der eigenen Situation und Solidarität untereinander herausbilden. Geflüchtete werden dadurch als Subalterne hervorgebracht. Widerstandspraktiken bleiben meist auf punktuellen Eigensinn beschränkt.

Die räumliche und soziale Isolation von Geflüchteten verweist darauf, dass in Deutschland demokratiefeerne Räume und Erfahrungswelten bestehen, in denen sich der Alltag weitgehend entkoppelt von den Versprechen und institutionellen Verfahrensweisen der Demokratie vollzieht. Autoritäre Verhältnisse (z.B. Kontrolle des eigenen Alltags durch Securities oder autoritäre Community-Strukturen), prekäre Lebensstandards (z.B. unsanierte Unterkünfte und Mehrbettzimmer) und Perspektivlosigkeit (z.B. fehlende Handlungsressourcen, um die eigene Wohnsituation zu verändern) hinterlassen bei den Betroffenen tiefe psychische Spuren und bewirken, dass sich ihr Umgang mit sich selbst und dem sozialen Umfeld schleichend verändert. Das Versprechen demokratischer Teilhabe bricht sich an der empirischen Realität alltäglicher Exklusion. Da Kanäle der politischen Artikulation fehlen, werden Erfahrungen in den demokratiefernen Räumen nur selten Teil öffentlicher Aushandlungsprozesse. Exklusion wird dadurch de-politisiert und normalisiert, polizeiliche Kontrolle ersetzt weitgehend demokratische Konfliktaushandlung.

Soziale Isolation verstärkt die Konsequenzen entsprechender Erfahrungen: Ein familiäres Umfeld, das das eigene Selbstwert- und Anspruchsberechtigungsgefühl stärken könnte, fehlt im Alltag – oder ist nur telefonisch oder über Messenger verfügbar. Langjährig etablierte Freund*innenschaften sind ebenfalls nur begrenzt vorhanden, neue aufzubauen erweist sich als schwierig. Bereits länger in Deutschland lebende Menschen vermitteln vielfach das Gefühl, ›fremd‹ und ›anders‹ zu sein. Fehlende Deutschkenntnisse erschweren es, zu Menschen, die überwiegend Deutsch sprechen, in Kontakt zu treten – während fehlender Kontakt es erschwert, die Deutschkenntnisse auszubauen. Infolge der fehlenden sozialen Kontakte sind die verfügbaren Handlungsressourcen auf die eigene Person begrenzt, finanzielle Unterstützung oder Beratung durch das Umfeld fehlen. Die strategische Orientierung in Deutschland fällt gleichzeitig teilweise schwer, da es an »Systemwissen«

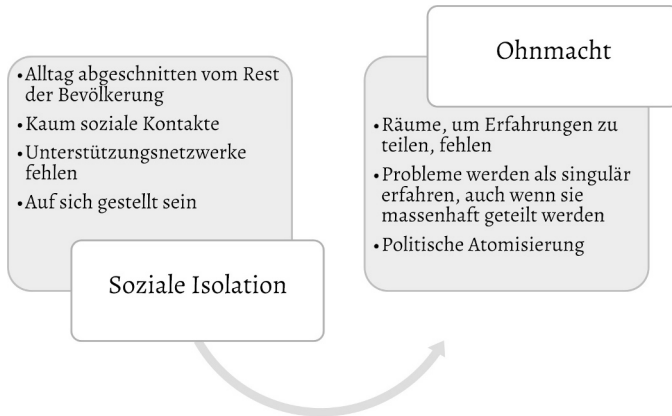
und Erfahrungswerten mangelt, welche Strategien Erfolg versprechen und welche nicht.

Ähnlich wie im vorangegangenen Kapitel sind entsprechende Erfahrungen in gewisser Weise fluchtspezifisch (z.B. Unterbringungssituation). Sie verweisen jedoch darüber hinaus auf zwei grundlegende Problematiken von Demokratie. Sie muss *erstens* verortet, also im konkreten (verräumlichten) Alltag erfahrbar sein. Besteht in den Räumen des Alltagslebens kein Kontakt zu Möglichkeiten politischer Artikulation und zu der Erfahrung, dass eine Artikulation im Modus der Demokratie real eine Chance hat, gehört zu werden, erscheint es wenig plausibel, sich an öffentlichen Aushandlungsprozessen mit eigenen Forderungen zu beteiligen. *Zweitens* setzt Demokratie in gewisser Weise soziale Beziehungen voraus, in denen sich die Einzelnen als eingebunden und anspruchsberechtigt erfahren können (z.B. familiär, freundschaftlich, nachbarschaftlich) – insbesondere dann, wenn der Alltag jenseits dieser Beziehungen stark durch Deprivationserfahrungen geprägt ist, die das Gefühl vermitteln, ›anders‹, ›fremd‹ und ›problematisch‹ zu sein. Soziale Nahbeziehungen bieten hier die Möglichkeit zuwiderlaufende Erfahrungen von Solidarität zu machen, die zentral dafür sind, ob eine Kritik von Exklusion individuell möglich erscheint (bzw. ob Exklusion überhaupt als politisches Problem und nicht nur als relativ unveränderliche individuelle alltägliche Normalität wahrgenommen wird) (Scherr und Breit 2020a). Die Kritik an Exklusion setzt die Erfahrung voraus, dass diese gesellschaftlich als nicht normal, ungerechtfertigt und problematisch erlebt wird. Übergreifend zeigen die für die Situation von Geflüchteten skizzierten Erfahrungen, dass jene Verhältnisse, die Exklusion bedingen, in der Tendenz gleichzeitig auch eine öffentliche Kritik von Exklusion erschweren. Entsprechende Kritik bleibt dadurch politisch desartikuliert und wird nur vergleichsweise selten öffentlich als politisches Problem sichtbar.

Soziale Isolation – sei es durch räumliche Trennung oder fehlende individuelle Beziehungsnetzwerke – muss vor diesem Hintergrund als Modus der Produktion von Ohnmacht begriffen werden, der ungleiche politische Artikulationschancen zur Folge hat. Betroffene sind auf sich selbst gestellt und abgeschnitten vom Rest der Bevölkerung, ihnen fehlen soziale Kontakte und Unterstützungsnetzwerke. Je stärker die Einzelnen isoliert sind, desto weniger haben sie Zugang zu Erfahrungsräumen, in denen sie ihre alltäglichen Erfahrungen und Lebensgeschichten teilen – und darüber potenziell in kollektive politische Forderungen übersetzen können. Die eigenen Erfahrungen werden als singuläres individuelles Schicksal erlebt. Gleichzeitig wird durch Isolation Misstrauen anderen gegenüber begünstigt. Betroffenen fehlen, da sie sich, wie es im einleitenden Zitat heißt, »auf sich gestellt« sehen, Erfahrungen des solidarischen Miteinanders und der Anspruchsberechtigung innerhalb der Gesellschaft, wodurch sie sich in erster Linie als ausgeliefertes Objekt und nicht als aktiv gestaltendes Subjekt erleben. Isolation kann dadurch mit politischer Atomisierung und Passivität einhergehen. Isolation untergräbt damit

die Möglichkeit von Teilhabe in der Demokratie. Da Isolationserfahrungen entlang von Macht- und Herrschaftsverhältnissen innerhalb der Gesellschaft ungleich verteilt sind (z.B. aufgrund der Folgen von Ausgrenzung und Diskriminierung), wird durch die mit Isolation verbundenen Ohnmachtserfahrungen immer auch politische Ungleichheit (re-)produziert.

Grafik 16: Ohnmachtserfahrungen aufgrund sozialer Isolation



Quelle: Eigene Darstellung

4.3 Ein überfordernder und nicht zu bewältigender Alltag – »Ich vergesse ganz viel«

»Die Jesiden haben natürlich auch viel erlebt, also die haben wirklich diese im Sindschar-Gebirge, diese Flucht miterlebt, diesen Angriff [des Islamischen Staats]. [...] Sie geht einkaufen. Die haben noch ein zweijähriges Kind mittlerweile, ein Mädchen. [...] Er liebt dieses Kind über alles. Und dann sagt sie zu ihm: ›Du kannst ihr ja schon einmal was zu essen geben. Es ist in fünf Minuten fertig.‹ Und dann kommt sie eine halbe Stunde später wieder oder eine Stunde und das Essen ist noch auf dem Herd und verkocht und er hat einfach vergessen, ihr das zu geben. Und er sagt: ›Ich vergesse ganz viel. Selbst solche Sachen.‹ [...] Wenn das Kind jetzt gesagt hätte: ›Papa, ich habe Hunger‹, dann hätte er wahrscheinlich dran gedacht. Aber so halt nicht.« (I63)

Politische Teilhabe setzt ein gewisses Mindestmaß an überschüssigen Ressourcen im eigenen Alltag voraus. Bindet der Alltag durch belastende und überfordernde Umstände alle verfügbaren Kapazitäten, wird es den Betroffenen erschwert,